

Drei Kandidaten — zwei Stoffen

Wenn übermorgen um 12 Uhr mittags der Bürgschein auf läuft, durch den die Unternehmer nicht behindert würden, ihren Bau abbauleg gegen die verschiedenen Arbeiterkategorien fortzuführen, dieser famose Bürgschein, während dessen vierzehntägiger Dauer die selbstverständlich „unkonfessionellen“ Nazis mit Dolchmesser und Pistole Klassenbewußte Arbeiter wiederstreden — wenn in 48 Stunden dieser seltsame „Frieden“ abgelaufen ist, dann werden hunderttausende Kommunisten in die Wohnungen aller Werktätigen gehen, ihren Nebenmann an der Drehscheibe, in der Stempelstelle und im Büro fragen.

Bist du für oder bist du gegen? Bist du für das kapitalistische System oder dagegen? Denn darum geht es gerade jetzt in den Tagen vor der zweiten Reichspräsidentenwahl.

Das will die Sozialdemokratie nicht mehr haben. Sie, die von 1914 bis 1918 die Kriegskredite bewilligte und die Politik Wilhelms von Hohenzollern machte, erklärt heute wieder, daß die Arbeiterschaft keine eigene Politik treiben, sondern im Gefolge der Bourgeoisie und als ihr Anhänger handeln müsse. Als ob wir 1832 schrieben! Als ob nicht seitdem in Jahrzehnten des Klassenkampfes das Proletariat sich von der Bourgeoisie gelöst, als ob es nicht gelernt hätte, daß es nur noch für seine eigenen Ziele zu kämpfen habe! Als ob nicht die Bourgeoisie, die vor hundert Jahren noch mit den jungen unentwickelten proletarischen Kräften gegen den Feudalismus kämpfte, heute in all ihren Fraktionen nur einen Feind kennt: die Arbeitersklasse, die den Sozialismus erlämpfen wird!

Immer noch versuchen die Wels, Litte und Künstler, die Proletarier zu dem Glauben zu weichen, daß zwischen Hindenburg und Hitler eine Mauer bestehe, daß Hindenburg der Feind Hitlers sei und umgekehrt.

Tausend Tatsachen widerlegen diese Lüge. Hindenburg und Hitler — beide sind für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Hindenburg und Hitler — beide bauen den Lohn ab und senken die Erwerbslosenunterstützung. Hindenburg und Hitler — beide stellen die ausländischen Bankiers auf Kosten des werktätigen Volkes aufzuladen. Hindenburg und Hitler — beide sind Feinde der sozialistischen Sowjetunion. Die zwei Präsidentschaftskandidaten der Bourgeoisie sind sich in allen Grundfragen der Innen- und Außenpolitik durchaus einig.

Wer wagt es da, den klassenbewußten Werktätigen zuzumuten, zwischen zwei Flügeln der Reaktion zu wählen? Wer heute von den Arbeitern verlangt, den Hindenburg der Notberordnung und Hitler-Empfänge zu wählen, den Hindenburg, der durch den Stahlhelm mit dem Haltenkreis verwandt ist — der fällt auf die Stufe des 4. August 1914 herab. Die Wahl Hindenburgs ist die schlimmste Schriktheit für den Aufstieg Hitlers.

Möge jeder sozialdemokratische Arbeiter begreifen, daß Hindenburg wahrer gleichbedeutend ist damit, die Bourgeoisie zu neuen Angriffen gegen das Proletariat zu ermutigen. Denn wenn die Siemens-Krupp und Kompanie wissen, daß ihr Kandidat auch von den Arbeitern gewählt wird, daß die Arbeiter darauf verzichten, ihre eigene Klassenspolitik zu machen, dann werden sie brutaler noch und sturköpfiger das Proletariat zu knechten und um seinen langersehnten Lohn zu pressen versuchen. Das ist ja das schwere Verbrechen der SPD-Führer: sie fördern mit ihrer Hindenburg-Politik die Front der Unternehmer, der Feinde der Arbeiter.

Und hier liegt die große Bedeutung der proletarischen Klassenkandidatur. Mit der Aufführung des Großen Thälmann hat die Kommunistische Partei, die die besten Traditionen der proletarischen Bewegung verkörpert, die heute den Kampf führt und morgen dem Sieg entgegenmarschiert, ein neues vorbildliches Beispiel für das stets selbständige Handeln des Proletariats in der Arena des Klassenkampfes gegeben.

Damit ist auch jenes Verwirrungsmanöver gefertigzzeichnet, das ganz gerissene Rattenfänger jetzt durchführen, die nicht mehr wagen, den klassenbewußten Arbeitern offen mit der Aufforderung zur Wahl Hindenburgs zu kommen, und die darum Thälmanns Wahl etwas so zu hinterreiben versuchen: „Ihr Kommunisten habt doch schon einmal eure Stimmen gezählt. Jetzt hat es doch keinen Zweck, jetzt handelt es sich doch um eine Stichwahl zwischen Hindenburg und Hitler.“

O nein, ihr Herren Sozialdemokratien. Die deutsche Arbeiterschaft darf nie und nimmer zwischen zwei Faschisten wählen; denn sie will keinen von beiden. Nicht Stichwahl zwischen Hindenburg und Hitler, sondern Kampf gegen Hindenburg und Hitler!

Jede Stimme wiegt am 10. April. Die Stimmen für Hindenburg und Hitler fallen in die Waagschale der Kapitalisten. Die Stimmen für Thälmann — ob sie am 10. April fünf Millionen oder weniger oder mehr sein werden — wiegen schwer wie Blei für den Kampf der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, des Volkes gegen die Volksfeinde, des Sozialismus gegen den Kapitalismus. Gerade jetzt, wo die Unterdrücker, ungerührt durch die zahlreichen Selbstmorde aus Not, ungerührt durch die Tränen der hungernden Arbeitersfrauen und Kinder, zu neuem Vorausbauangriff gegen die Arbeiterschaft blasen, gerade jetzt ist es nötiger denn je, daß die Arbeiterschaft und alle Werktätigen am 10. April auf den Plan treten mit dem Ruf: Wir wollen euch nicht mehr, euch und euer kapitalistisches System, euch und eure Präsidentschaftskandidaten!

Indem die Kommunisten für die Wahlen ihres Präsidentschaftskandidaten stimmen, schmieden sie die Front des Widerstandes gegen die neuen Altkräfte der Kapitalisten. Je stärker wir in alle werktätigen Volksschichten eindringen und sie mobilisieren, um so mehr Stimmen werden Hindenburg und Hitler entkräften und Thälmann zugeführt. Je mehr Stimmen Thälmann erhält, um so stärker wird das proletarische Kraftbewußtsein und die Front des Widerstandes gegen die Diktatur bereit.

Solang Hindenburg oder Hitler herrschen, wird immer den Arbeitern, den Angestellten und unteren Beamten Lohn und Gehalt gestrichen, werden immer die kleinen Mittelständler zugunsten gehen, wird immer auf dem Rücken des Volkes regiert. Wenn wir Kommunisten die Macht in Händen haben, wird auf dem Rücken der Kapitalisten regiert, wird ihr System vernichtet und der Sozialismus errichtet.

Unter dieser Entscheidung: Kapitalismus oder Sozialismus! steht der Wahlkampf, den wir mit aller Kraft dort zu konzentrieren versuchen, wo die arbeitenden Massen, ohne Parteientwicklung, zusammengehalten sind: in den Betrieben und Gewerkschaften. Gewiß wissen wir, daß Kämpfe zwischen den

Wie lebt die Berliner Arbeiterfamilie Zint in Moskau?

Fesselnde ausführliche Schilderungen mit zahlreichen Bildern am Sonntag in der „Roten Fahne“

Nazis morden in Charlottenburg!

heimütischer Überfall auf Arbeiterviertel. Arbeiter durch Brustschuß schwer verletzt

Im Arbeiterviertel von Charlottenburg in der Niederringsstraße, Potsdamer Straße und Dandelinstraße erschienen gekenn abend gegen 8 Uhr etwa 30 knall bewaffnete Nazis, die alle auf der Straße befindlichen Arbeiter terrorisierten. Neunzehn Arbeiterinnen hatte es schon am vorhergegangenen Dienstag- und Mittwochabend gegeben.

Nach wenigen Minuten des Raubzettels sammelten sich über 100 Arbeiter, die die Nazis im schnellsten Tempo aus dem Arbeiterviertel heraustrieben. In der Dandelinstraße, Ecke Horstweg, machte die Nazigemeinschaft noch einmal halt. Einige Nazis knieten in Schuhstellung nieder und schossen aus Mehrschießpistolen. Ein Arbeiter aus der Häuser-

straße, dessen Namen wir noch nicht kennen, wurde durch einen Brustschuß schwer verletzt. Gleich nach der Schieberei erschien die Polizei, die sich jedoch nach den jetzt vorliegenden Berichten darauf beschrankte, die empörten Arbeiter von den flüchtenden Nazis zurückzuhalten.

Das Gebiet, in dem sich diese Terrorakte abspielten, ist das Jagdrevier des SA-Grades 23. Das sind die Arbeiterstraßen Charlottenburgs, in denen Otto Grotewohl erschossen wurde, in dem Schieber ermordet wurde, in denen viele Arbeiter unter den Mörderangriffen der Nazis blutig muhten.

Massenabschüttung der Arbeiter wird die seigen Überfälle der Hakenkreuzbande unmöglich machen.

Fort mit dem Demonstrationsverbot!

SBD-Grzesinski will Lustgarten nicht freigeben — Saft überall Protestbeschlüsse!

Grzesinski will Thälmann-Stafette unmöglich machen

Die Kommunistische Partei hat vom Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski die Freigabe des Lustgartens für die Massenversammlung des Berliner Proletariats gegen Krieg, Hunger und Faschismus zum 8. und 19. April gefordert. Das Polizeipräsidium hat auf besondere Anfrage erklärt, daß eine Freigabe nicht in Betracht komme.

Auch den aus zugegangenen Mitteilungen, haben bereits Bekanntmachungen zwischen der Sozialdemokratie und den Polizeibehörden über die Genehmigung von S.P.D.-Demonstrationen nicht stattgefunden — über die Durchführung einer Hindenburg-Demonstration und einer Demonstration für die sozialdemokratische Freiheitserklärung.

Durch das Demonstrationsverbot wollen die Senering und Grzesinski den Massenanschlag der Arbeiter des roten Spott mit dem Hinweis verbieten, daß diese Stafette unter das Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel falle. Bezeichnenderweise wurde das Verbot erst jetzt ausgesprochen, wo alle organisatorischen Vorbereitungen für diese sportliche Veranstaltung getroffen sind, außerdem brauchte das Verbotsschild vom Polizeipräsidium am Alexanderplatz bis zur Reichsleitung der Kampfgemeinschaft volle fünf (!) Tage.

Die Reichsleitung hat sofort gegen dieses Verbot Beschwerde erhoben und die Freigabe der sportlichen Veranstaltung verlangt. Alle Arbeiter müssen gegen dieses neuerliche Verbot schärfsten Protest erheben.

Kriegsproduktion und Antisowjethebe

In Halle stand vor einigen Tagen eine Konferenz revolutionärer Vertrauensleute aus den kriegswichtigen Betrieben der Bezirke Halle-Merseburg, Magdeburg und Thüringen an.

In der Diskussion berichtete ein Vertreter des Aluminiumwerkes Bitterfeld: Französische Spezialisten sind ständig im Betrieb, 600 Tonnen eines besonderen Metalls, das für Kriegszwecke hervortragt in Frage kommt, wurde über Hamburg und Bremen ins Ausland geliefert. Die Werksleitung läßt kein Worte unverloren, die Belegschaft durch Hebe gegen die Sowjetunion für die Kriegsproduktion zu beeinflussen. So ließ sie ein übles Machwerk „Alltag in Sowjetrußland“ kostenlos an alle Arbeiter verteilen.

Giftgas gegen die Sowjetunion

Das „Ruhr-Echo“ ist in der Lage, die Photographie eines Transportpferdes zu veröffentlichen, der als Absender die Giftgasfabrik Chemische Werke Löhringen, Bochum, aufweist. Empfänger ist die Dampferkompanie Berliner Lloyd AG Oppeln. Es handelt sich um einen Kriegsmaterialtransport, der über Oppeln nach einem der Randstaaten der Sowjetunion abgesetzt wird!

Fliegerabwehrgereschüsse bei Geiß

Der Vertreter der Zeitz-Werke, Jena, wies in der Konferenz in Halle darauf hin, daß andauernd Japaner und Italiener den Betrieb besuchen. Sie interessieren sich besonders für die Scheinwerferarbeitung und für die Instrumente der Fliegerabwehr (Flat).

Ein Vertreter der Metallfabrik V.W. Eisenach berichtete, daß in seinem Betrieb hauptsächlich Minenwerfer und Maschinengewehre für eine ausländische Macht hergestellt werden.

Klassen noch nie durch Wahlen entschieden wurden. Aber mit uns wissen es bereits fünf Millionen, daß im Maße, wie die Massenmobilisierung für den roten Arbeiterviertel mit Erfolg vorwärts schreitet, auch die Welle des Widerstandes gegen Hunger und faschistische Unterdrückung wächst.

Darum sagt die Massen in Marsch! Seine erste Etappe wird der 10. April, seine zweite die Abrechnung mit dem Braun-Senering-Regime am 24. April sein. Er wird über die Kämpfe um Arbeit und Brot, um Freiheit und Frieden gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher zum Sieg der Kommunisten führen!

Grzesinski verhindert Sonderausgaben der „Roten Fahne“

Heute sollten die bereits fertiggestellten Sonderausgaben der „Roten Fahne“ für Betriebsarbeiter und Gewerkschaften an die roten Wahlhelfer zwecks Verbreitung ausgetragen werden.

Gestern abend hat jedoch der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski eine Mitteilung erlassen, durch die unter die 24 Stunden vorher angemeldeten Flugblätter auch alle Zeitungen fallen, für die „geringerer Umfang, Unmöglichkeit oder geringerer Preis und größere Auflage“ vorgesehen sind. Zuverhandlungen werden mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. „Wer derartige Druckschriften in irgendeiner Art, auch im Wege der sogenannten Hauspropaganda, öffentlich verbreitet, setzt sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung, der Festnahme und der Verführung vor den Schenkrichter aus.“

Angesichts dieser neuen Zensurverfügung können die Sonderausgaben der „Roten Fahne“ heute noch nicht ausgegeben werden.

2 Jahre Gefängnis für Jungarbeiter

Vom Hamburger Jugendgericht wurden 4 antisozialistische Jungarbeiter zu insgesamt 1 Jahr 11 Monate Gefängnis verurteilt. Der sogenannte „Hauptangeklagte“ Voh erhält 1 Jahr, ein zweiter Angeklagter 5 Monate, zwei weitere Jungarbeiter je 3 Monate Gefängnis.

Es handelte sich um einen Nebenfall von antisozialistischen Jungarbeiter durch Stahlhelmer in der Nacht zum 1. August 1931, bei dem ein Arbeiter ein Stahlhelmer tödlich verletzt wurde. Das Gericht bedauerte, daß der „Hauptklüger“ flüchtig sei....

Gehälter auf Stoffern

Seit Berliner Magistratsverfügung haben gestern die Beamten und Angestellten der städtischen Betriebe, hauptsächlich der Krankenanstalten, Institute für Gesundheitswesen und der Bezirksämter nur ein Drittel ihres Monatsgehältes ausgezahlt bekommen. Für Pensionäre und Ruhelohnberechtigte wird die Hälfte ausgezahlt. Das hat große Unruhe und Empörung ausgelöst. Wenn die restlichen Gehälter ausgezahlt werden, ist noch nicht bekannt.